

**Beschluss der 28. ordentlichen Vollversammlung  
des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am  
05.03.2005**

## **Wir können auch anders! - Visionen für eine gerechtere Gesellschaft**

In Deutschland sind wir mit einer seit Jahren anhaltenden hohen Erwerbsarbeitslosigkeit konfrontiert, die von konjunkturellen Schwankungen weitgehend entkoppelt ist, die zu wachsender Armut und zu mangelnder Teilhabe breiter gesellschaftlicher Gruppen am gesellschaftlichen Leben führt. Für Kinder und Jugendliche geht diese Entwicklung unter anderem mit sinkenden Möglichkeiten in den Bereichen Bildung und Partizipation einher.

Die politischen Bemühungen, eine positive und nachhaltige Wende in diesen zentralen Zukunftsfragen einzuleiten, scheitern bisher vor allem an der Ausrichtung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik an rein ökonomischen Verwertungsinteressen. Die Lebensplanung der betroffenen Menschen wird somit in weitgehenden Fragen ökonomischen Sachzwängen untergeordnet, wodurch die sozialen und kulturellen Bezüge unserer Gesellschaft ausgehöhlt zu werden drohen.

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. betonen, dass es für die Lebenszufriedenheit jedes einzelnen Menschen und für den sozialen Frieden in einer Gesellschaft auf eine nicht nur ökonomische Wertschöpfung ankommt. Familienarbeit, ehrenamtliche Arbeit und lebenslanges Lernen verdienen die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie Erwerbsarbeit, was sich auch in ihrer Berücksichtigung für eine ausreichende materielle Absicherung ausdrücken muss. Die Jugendverbände sprechen sich dafür aus, dass Menschen in die Lage versetzt werden, nicht ihr ganzes Leben dem Primat des Ökonomischen und den Erfordernissen des Erwerbslebens unterordnen zu müssen.

Die Einführung einer materiellen Grundsicherung für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr, für Erwachsene, die gesellschaftlich wertvolle Arbeit in den vier genannten Bereichen leisten, sowie für ältere Menschen, die dies in ihrem aktiven

Arbeitsleben geleistet haben, wäre ein großer Schritt in die Richtung einer solidarischen Gesellschaft, die beiden Geschlechtern gerecht wird und in der die Menschen Verantwortung für sich und andere übernehmen.

Die Jugendverbände fordern

- ein Bildungssystem, in dem Kinder und Jugendliche vielfältige Kompetenzen erwerben und ihre Persönlichkeit und Fähigkeiten entwickeln können, ohne darin nur dem Maßstab der Beschäftigungsfähigkeit, also der Verwertbarkeit des „Bildungserfolges“ für ökonomische Zwecke, genügen zu müssen,
- eine Kultur der Freiwilligkeit zu stärken, in der gesellschaftliche Anerkennung erntet, wer sich nicht auf Kosten, sondern durch freiwillige Arbeit zugunsten anderer bereichert,
- eine Erwerbsarbeitswelt, in der erwerbsarbeitsfreie Tage und Wochenenden Raum für Muße, inhaltliche, weltanschauliche und religiöse Orientierung, Familienleben, soziale Beziehungen und persönliche Selbstverwirklichung lassen,
- ein umwelt- und mitweltverträgliches Konsumklima, das nicht nur „Geiz geil“ findet, sondern für Produkte und Ressourcenverbrauch faire und Nachhaltigkeit gewährende Preise vorsieht.

Als verbandlich organisierte Vertreter-innen von Kindern und Jugendlichen haben wir den Auftrag, unbequeme Mahner-innen und Vordenker-innen zu sein und alternative Handlungsoptionen im Interesse der nachwachsenden Generation zu formulieren, die im politischen Alltagsgeschäft anecken können. Wir wollen Lobby sein für diejenigen, die sonst kein Gehör finden.

Wir fordern Politikerinnen und Politiker aller Fraktionen und auf allen Ebenen auf,

- mit uns den Blick zu öffnen für wirkliche Zukunftsmodelle, die Solidarität und Selbstbestimmung und somit einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen wollen, den ökonomisches Wachstum allein niemals bewerkstelligen wird,
- sich angesichts der zentralen Bedeutung der Zukunftsfragen nicht allein von ökonomischen oder von „parteitaktischen“ Interessen und der herkömmlichen „Verwertungslogik“ leiten zu lassen,
- gemeinsam mit den Jugendverbänden als demokratische Zusammenschlüsse von Kindern und Jugendlichen ein Partei übergreifendes wirkungsvolles Vorgehen für die Information der Bürgerinnen und Bürger unserer Gesellschaft zu entwickeln, das dazu geeignet ist, die Einsicht in die Notwendigkeit der Umgestaltung wesentlicher Bereiche unserer Gesellschaft zu vermitteln.

**Begründung:**

Jugendverbänden geht es häufig so wie Politiker-inne-n: Bemüht, die Perspektiven für die allernächste Zeit abzusichern, geraten die großen gesellschaftlichen Reformbaustellen und die ihnen gerecht werdenden grundsätzlichen Änderungsvorschläge schnell aus dem Blick.

Trotz aller drängenden finanziellen und strukturellen Fragen im Zusammenhang mit der Absicherung verbandlicher Jugendarbeit halten wir es für unverzichtbar, ein Signal gegen die Logik der akuten Sachzwänge zu setzen. In diesem Sinne ist es unverzichtbar, dass sich Jugendverbände als Anwälte der nachwachsenden Generation engagieren und profiliert für die zentralen gesellschaftlichen Fragen einsetzen.